

**DER REGIONALRAT  
DES REGIERUNGSBEZIRKS DÜSSELDORF**

<b>Nr. / Sitzung</b>	WS	MUK	<b>1. RZ</b>	PA	RR
<b>Datum</b>			<b>10.03.2021</b>		

**N I E D E R S C H R I F T**

Düsseldorf, den 06. April 2021

Ort der Sitzung: Plenarsaal der Bezirksregierung  
Düsseldorf,  
Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf

Beginn der Sitzung: 10:00 Uhr

Ende der Sitzung: 11:20 Uhr

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

## Tagesordnung

1. **Formalien**
  
2. **Jahresbericht 2020 zum Städtebauförderprogramm und den Sonderprogrammen „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“, „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten“, „Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren“**  
Berichterstattung
  
3. **Jahresbericht 2020 zur ländlichen Entwicklung und Bodenordnung**  
Berichterstattung
  
4. **Medikamentenreststoffe in Flüssen und Bächen**  
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.12.2020
  
5. **Bericht über den Stand der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie**  
Berichterstattung
  
6. **Verschiedenes**

## **TOP 1:        Formalien**

Die Vorsitzende des Ausschusses für Regionale Zusammenarbeit, Gewässerschutz, Kultur und Tourismus, Frau Köster-Flashar (B90/Die Grünen), begrüßt alle Anwesenden. Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäße Ladung fest.

Die Tagesordnung wird festgestellt.

## **TOP 2:        Jahresbericht 2020 zum Städtebauförderprogramm und den Sonderprogrammen „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“, „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten“, „Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren“**

Berichterstattung

Das Team der Städtebauförderung aus Dezernat 35.3, bestehend aus Frau Dreißigacker, Herr Goldfuß und Frau Rockel, stellt sich vor. Sie geben anhand einer Präsentation eine kurze Einführung in die Thematik der Städtebauförderung.

Frau Dr. Aßmann (CDU) erkundigt sich, wie die Beratungsgespräche mit den Kommunen ablaufen, auch in Bezug auf den zu erbringenden Eigenanteil.

Frau Dreißigacker (Verwaltung) erklärt, dass die Beratungsgespräche mit den Kommunen bei den Kommunen vor Ort oder in der Bezirksregierung stattfinden. Durch Corona sei dies leider weggefallen und wurde durch Telefonate ersetzt. In den Beratungsgesprächen werde geklärt, welches Programmangebot mit welcher Zielsetzung Sinn mache. Es werde ferner besprochen, welches Bündel an Maßnahmen nötig sei, um ein städtebauliches Ziel zu erreichen. Die Bezirksregierung spricht dabei auch mit Bürgermeister und Kämmerer darüber, welche Eigenanteile erbracht werden müssen und ob dies realistisch ist für die nächsten sieben Jahre, wie das Baugesetzbuch es vorschreibt. Im Einzelfall werde auch die Kommunalaufsicht hinzugezogen.

Frau Schäfer (B90/Die Grünen) regt an, dass die Tabellen auch den aktuellen Stand der Umsetzungen der Maßnahmen enthalten, beispielsweise mit einem Ampelsystem. Da es bei den Maßnahmen teilweise zu Verzögerungen oder nachträglichen Kostensteigerungen kommen könne, hält sie eine fortlaufende Aktualisierung für sinnvoll.

Herr Goldfuß (Verwaltung) antwortet, dass das Team 60 - 80 Bewilligungen abwickle. Die Kommunen fertigen im Rahmen der Programmaufstellung einen Sachbericht an, sodass die Bewilligungsbehörde gut informiert sei. Den Stand jeder einzelnen Maßnahme konkret aufzuführen, sei für das Team allerdings sehr aufwendig und schwer realisierbar. Wenn der Regionalrat Fragen zu einzelnen Projekten hat, könne die Verwaltung dank des regen Austausches mit den Kommunen gerne konkrete Antworten zum Stand des jeweiligen Projektes geben.

Herr Brügge (CDU) spricht sich ebenfalls dafür aus, dass der Regionalrat eine komplette Auflistung der Sachstände zu allen Projekten erhält.

Frau Köster-Flashar (B90/Die Grünen) schlägt vor, dass die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung überlegt, ob eine mit weniger Aufwand verbundene Lösung gefunden werden kann, um den Regionalrat über den Stand der Umsetzung aller Projekte zu informieren.

Frau Cäsar (B90/Die Grünen) erkundigt sich, weshalb die Fördersumme im Vergleich zum letzten Jahr reduziert wurde. Hinsichtlich Erkrath fragt sie an, ob wegfallende Fördermittel neu beantragt werden müssen oder noch gültig sind.

Frau Dreißigacker (Verwaltung) bejaht eine Verringerung der Mittel. Dies sei durch andere Kostenabrechnungen verursacht worden, weshalb die Mittel korrigiert werden mussten. Zudem muss das Ministerium alle fünf Bezirksregierungen bedienen, weshalb es zu Umverteilungen kommen könne.

Herr Francken (CDU) bittet, dass die ABC-Priorisierungen zur besseren Verständlichkeit der Einordnung für die Kommunen begründet werden sollten.

Frau Dreißigacker (Verwaltung) merkt an, dass die Kommunen diese Bitte auch schon geäußert hätten. Vor allem das Sportprogramm sei sehr beliebt gewesen und man habe sich bemüht, eine zweckmäßige und sinnvolle Entscheidung zu finden. Dabei seien Kriterien miteinbezogen worden, wie unvollständige Anträge, unvollständige Kostenberechnungen oder ob die Kommune bereits im vergangenen Jahr berücksichtigt wurde. Zudem versuche man auch einen Ausgleich zwischen Städten und Kreisen zu erzielen. Der Wunsch nach einer Begründung der vorgenommenen ABC-Priorisierung werde von der Verwaltung beim nächsten Mal umgesetzt.

Frau Köster-Flashar (B90/Die Grünen) macht darauf aufmerksam, dass ein so großer Ansturm auf ein Programm bedeute, dass der Bedarf hoch sei. Solche Programme müssten durch die Politik bestärkt und fortgesetzt werden.

Der Ausschuss für Regionale Zusammenarbeit, Gewässerschutz, Kultur und Tourismus nimmt den Jahresbericht zur Kenntnis.

**TOP 3:        Jahresbericht 2020 zur ländlichen Entwicklung und Bodenordnung**  
Berichterstattung

Herr Merten (Verwaltung) gibt einen Einblick in den Förderbereich der ländlichen Entwicklung und Bodenordnung.

Herr Krause (B90/Die Grünen) erkundigt sich, wieso in der Sitzungsvorlage stehe, dass Projekte im Zusammenhang mit der Wasserrahmenrichtlinie nur zögerlich in Gange kämen. Der Schwerpunkt der Förderung des ländlichen Raumes läge am Niederrhein, allerdings fiel auf, dass kleinere Flecken am Rand, wie Solingen, Remscheid oder Wuppertal noch nicht in dem Programm sind. Herr Krause möchte wissen, ob das Programm auch für solche Städte eine Möglichkeit darstelle, sich mit ihren Teilflächen im ländlichen Raum zusammenzuschließen. Zudem fragt er, ob auch länderübergreifend mit den Niederlanden gearbeitet werde. Er erkundigt sich zudem, ob es für die Förderung der Dorfentwicklung auch eine Tabelle mit Projekten

gebe und ob neben den Wegenetzen für Straßen auch Fuß- oder Radwege miteinbezogen seien.

Herr Merten (Verwaltung) erläutert, dass die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie seit Jahren einen schwierigen Prozess darstelle, in erster Linie für die Wasser- und Bodenverbände. Vor Jahren wurde seitens der Bezirksregierung Unterstützung angeboten. Mit einigen Verbänden bestehe auch ein guter Kontakt, mit anderen nicht. Er rate den Wasser- und Bodenverbänden, dass aufgrund von Flächenbeschaffungsproblemen jegliche Flächen bevorratet werden sollten. Dies sei jedoch mit landwirtschaftlichem Widerstand verbunden. Bis 2027 könne seines Erachtens die Wasserrahmenrichtlinie am Niederrhein nicht umgesetzt werden. Zudem berichtet Herr Merten zur Förderung des ländlichen Raumes und erklärt den Unterschied zwischen den Programmen „LEADER“ und „VITAL“.

Herr Krause (B90/Die Grünen) möchte wissen, ob das bergische Land auch Leader-Region ist.

Herr Merten (Verwaltung) erwidert, dass ein Flickenteppich in dieser Gebietskulisse entstanden sei. Dass das bergische Land Leader werde, sei nicht realistisch, da die Leader-Region von Bürgerschaftlichkeit lebe, was großen Städten wie im bergischen Land sehr schwer falle.

Frau Dr. Aßmann (CDU) erkundigt sich, ob das ELER Programm vom Inhalt gegensätzlich zum VITAL NRW ausgerichtet sei. Zudem möchte sie wissen, wie die Kontinuität aussieht.

Herr Merten (Verwaltung) antwortet, dass es LEADER ca. seit dem Jahr 2000 gebe und es mittlerweile drei Förderperioden seien, jede mit einer Dauer von sieben Jahren. Im Laufe der Zeit hätten immer mehr Städte das Programm ausprobiert. EU-Fördermittel zu verausgaben sei allerdings kompliziert, man benötige einen Regionalmanager mit Erfahrung. Ein Verein beispielweise scheitere oftmals schon an den Formalien. Trotz dieser Schwierigkeiten gäbe es wieder eine rege Beteiligung der Regionen. Herr Merten merkt an, dass vermutlich alle durchkommen müssten, welche die Mindestkriterien erfüllen.

Frau Köster-Flashar (B90/Die Grünen) schlägt vor, Wasser- und Bodenverbände in die nächste Sitzung einzuladen, welche von ihrer Arbeit erzählen und ihre Projekte und Ideen vorstellen.

Der Ausschuss für Regionale Zusammenarbeit, Gewässerschutz, Kultur und Tourismus nimmt den Jahresbericht zur Kenntnis.

#### **TOP 4:       Medikamentenreststoffe in Flüssen und Bächen**

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.12.2020

Herr Görgens (Verwaltung) fasst die schriftliche Antwort der Verwaltung für die Ausschussmitglieder zusammen.

Herr Brügge (CDU) erkundigt sich, wie hoch die Gewässerbelastung durch Medikamentenreststoffe aus Krankenhäusern ist und wie hoch die Belastung durch die allgemeine Bevölkerung.

Herr Görgens (Verwaltung) antwortet, dass Krankenhäuser als Hotspots gelten.

Herr Brügge (CDU) weist darauf hin, dass konkrete Zahlen wichtig für die Beurteilung seien, ob Krankenhäuser wirklich als Hotspots bezeichnet werden können.

Herr Görgens (Verwaltung) argumentiert, dass in Krankenhäusern die Konzentration von Medikamenten, die ausgeschieden werden, viel höher sei als bei der Allgemeinbevölkerung in Wohngebieten. Weil Krankenhäuser ihr Abwasser in die öffentliche Kanalisation ableiten, könne man aber keine konkrete Differenzierung der Herkunft des Abwassers im Zulauf kommunaler Kläranlagen vornehmen. Er ergänzt, dass versucht werde, Technologien zu entwickeln, Krankenhausabwässer vorzubehandeln.

Herr Brügge (CDU) gibt zu bedenken, dass Leute nicht dauerhaft in Krankenhäusern wohnen. Viele Menschen, die zu Hause leben, würden ebenfalls Medikamente benötigen, besonders, weil es eine alternde Gesellschaft gebe. Er spricht sich dafür aus, konkrete Zahlen messen zu lassen.

Herr Görgens (Verwaltung) erwidert, dass Messungen aufgrund der öffentlichen Kanalisation nur schwer umsetzbar und sehr kostenaufwendig wären.

Herr Brügge (CDU) macht darauf aufmerksam, dass man ohne konkrete Zahlen die Krankenhäuser nicht verpflichten könne, eine Abwasservorbehandlung einzuführen, da nicht bewiesen werden kann, dass sie die Hauptverursacher für Medikamentenreststoffe sind.

Herr Görgens (Verwaltung) verweist darauf, dass seine Aussagen auf Erkenntnissen des Umweltministeriums beruhen. Man hätte feststellen können, dass gerade in Kläranlagen, in deren Einzugsbereich Krankenhäuser und Kliniken liegen, die Medikamentenbelastung im Abwasser höher sei. Zudem könne man im Gegensatz zu Privathaushalten bei Krankenhäusern auch deutlich leichter eine Vorbehandlung des Abwassers durchführen.

Frau Köster-Flashar (B90/Die Grünen) schlägt vor, dass man Vertreter der Wasserverbände einladen könne, um das Thema gemeinsam mit diesen zu erörtern.

Frau Eicker (SPD) hält die Belastung der Gewässer für besorgniserregend. Sie bemängelt das Fachinformationssystem ELWAS, da dies für Laien nur schwer zu verstehen sei. Um die Sachlage besser zu verstehen, bittet sie im Namen der SPD-Fraktion um eine Zusammenstellung besonders betroffener Gewässer und um eine Erläuterung zu den Untersuchungen des LANUV.

Herr Görgens (Verwaltung) gibt an, dass die Belastung in jedem Siedlungsgebiet vorhanden sei und somit ein ubiquitäres Problem darstelle. Eine Ausweisung von besonders belasteten Gebieten wäre somit nicht zielführend.

Frau Köster-Flashar (B90/Die Grünen) regt die Mitglieder an, die Thematik in den jeweiligen Gebietskörperschaften anzusprechen und bei den örtlichen Umweltfachbereichen nachzufragen, um dann mit den Wasserverbänden gezielt in eine Diskussion zu kommen.

Frau Dr. Aßmann (CDU) stimmt zu, dass das Programm ELWAS nicht verständlich für Außenstehende sei. Sie spricht sich dafür aus, nicht nur die Krankenhäuser in die Verantwortung zu nehmen, sondern auch die Gesellschaft für das Thema zu sensibilisieren. Beispielsweise müsse man darauf hinweisen, abgelaufene Medikamente nicht in der Toilette zu entsorgen.

Herr Görgens (Verwaltung) führt aus, dass man bei Krankenhäusern direkt „an der Quelle“ ansetzen könne, um Medikamentenrückstände im Abwasser zu minimieren. Nur in Ausnahmefällen gebe es Vergleichbares für Privathaushalte. Röntgenkontrastmittel beispielsweise, die sich kaum aus dem Wasser filtern lassen, werden über den Urin ausgeschieden. Hier werden spezielle, mit saugfähigem Gel gefüllte Beutel angeboten, die den Urin aufsaugen und anschließend über den Hausmüll entsorgt werden können.

Herr Krause (B90/Die Grünen) schließt sich Frau Dr. Aßmanns Vorschlag an, die Leute zu sensibilisieren. Er verweist auf Ausführungen des Umweltamtes Düsseldorf, in denen von enormen Schäden durch Pharmaka, Röntgenkontrastmitteln sowie Antibiotika für die Fische gesprochen wird. Die Reststoffe im Wasser könnten Antibiotikaresistenz oder Unfruchtbarkeit der Fische auslösen. Es wurde zudem festgestellt, dass die Rückstände besonders im Bereich von Kliniken auftreten. Das Umweltamt spricht sich dafür aus, normales und medikamentenbelastetes Abwasser getrennt voneinander abzuleiten. Herr Krause erkundigt sich, ob es diese Abscheidemaßnahmen bereits in Kliniken im Regierungsbezirk gibt. Da dies eine hohe Kostenbelastung für Krankenhäuser darstelle, müssten Anreize geschaffen werden, diese Anlagen einzubauen. Zudem erkundigt sich Herr Krause nach Beispielen für eine vierte Reinigungsstufe in kommunalen Kläranlagen.

Herr Görgens (Verwaltung) erklärt, dass die Bezirksregierung keine konkreten Angaben zur Belastung durch Medikamente in Krankenhausabwässern machen könne, da

diese in der Regel als Indirekt-Einleitung in die öffentliche Kanalisation gelangen. Die Gemeinden als Abwasserbeseitigungspflichtige, ggf. auch die Unteren Wasserbehörden, dürften konkretere Erkenntnisse haben. Auf Herr Krauses Frage antwortet er, dass der Bezirksregierung bekannt sei, dass es einige Studien zur Medikamentenbelastung in Krankenhausabwässern gebe. In Duisburg (außerhalb des Planungsraumes) gebe es zudem ein Krankenhaus, das seit einiger Zeit eine Abwasservorbehandlung plane. Ebenfalls in Duisburg ist auf einer kommunalen Kläranlage seit einigen Jahren eine 4. Reinigungsstufe in Betrieb. Im Planungsraum würden zudem zwei Maßnahmen für eine 4. Reinigungsstufe zur Mikroschadstoff-Elimination mit Landesmitteln gefördert. Dies seien Kläranlagen in Nettetal sowie Schwalmtal.

Herr Brügge (CDU) bemängelt, dass man die Krankenhäuser nicht als Hotspot bezeichnen dürfe, ohne valide Erkenntnisse darüber zu haben. Bevor man an die Lösung des Problems gehe, müsse man wissen, welcher Ansatz am effektivsten sei.

Herr Görgens (Verwaltung) wiederholt, dass er nicht die Krankenhäuser alleine verantwortlich machen möchte und verweist für einen besseren Überblick an das Umweltamt, welches Studien zu Mikroschadstoff-Elimination auswertet, worunter auch die Medikamentenrückstände fallen. Er macht deutlich, dass es sich um ein Problem der Gesamtheit handle, der Ansatz bei den Krankenhäusern allerdings die Minimierung des Ausstoßes direkt an einer maßgeblichen Quelle darstelle. Es käme zudem auch darauf an, wie groß das Krankenhaus und wie leistungsstark das Gewässer sei. Wenn ein großes Krankenhaus im Einzugsgebiet eines leistungsschwachen kleinen Gewässers läge, müsse man vorrangig an diesem Krankenhaus ansetzen, um an der Quelle zu minimieren.

Der Ausschuss für Regionale Zusammenarbeit, Gewässerschutz, Kultur und Tourismus nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

**TOP 5: Bericht über den Stand der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie**  
Berichterstattung

Herr Krause (B90/Die Grünen) merkt bezogen auf die Vorlage an, dass die 700 Seiten online bezüglich der Wasserrahmenrichtlinie schwer verständlich seien. Er bittet um fachliche Hilfe und Erklärung in der nächsten Sitzung. Herr Krause führt bezüglich der in der Tabelle aufgeführten Einzelmaßnahmen aus, dass einige Städte gar keine Maßnahmen haben. Er erkundigt sich, wie dies zustande kommt.

Herr Reinders (Verwaltung) erwähnt als Hauptproblem bei der Gewässerentwicklung die Flächenproblematik. Große Bereiche des Regierungsbezirkes seien abgedeckt durch große sondergesetzliche Wasserverbände, die sehr rege die Wasserrahmenrichtlinie umsetzen, da dies zu ihren Kernaufgaben gehöre. Allerdings gebe es auch Bereiche von kleinen ehrenamtlichen Wasser- und Bodenverbänden, die sich bei der Umsetzung viel schwerer täten. Seit 2016 unterstützt die Bezirksregierung diese kleinen Verbände mit Beratung und Projekten. Bisher seien acht Projekte gestartet, mit dem Ziel eine genehmigungsfähige und umsetzbare Planung auf den Weg bringen zu können. Die Antragsteller seien die Wasserverbände, aus diesem Grund fände man einige Kommunen nicht in der Tabelle. Bei der Gewässerentwicklung seien die Kommunen in der Regel nicht die Antragsteller.

Herr Krause (B90/Die Grünen) merkt an, dass seine Frage sich auf die regionale Zuteilung der Mittel in der Tabelle bezieht. Dort hätten beispielsweise Mönchengladbach und Krefeld keinen Eintrag.

Herr Reinders (Verwaltung) erwidert, dass wegen des Fluss Niers in Mönchengladbach durchaus Projekte in den nächsten Jahren zu erwarten seien. Dass dieses Mal nichts aufgeführt ist, sei Zufall.

Herr Krause (B90/Die Grünen) bittet die Verwaltung in der nächsten Sitzung des Ausschusses um weitere Erläuterungen des Entwurfs des 3. Maßnahmenprogramms.

Der Ausschuss für Regionale Zusammenarbeit, Gewässerschutz, Kultur und Tourismus nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **TOP 6:        Verschiedenes**

Herr Münchow (CDU) schlägt vor, den Fokus vor allem in Sitzungen, in denen wenige Tagesordnungspunkte zu behandeln sind, gezielt auf die Vertiefung der regionalen Zusammenarbeit zu legen. Hierfür könne man die Sitzungen auch in den angrenzenden Planungsregionen abhalten, wie dem Ruhrgebiet, dem Kölner Raum oder auch dem niederländischen Raum.

Herr Brügge (CDU) bittet die Verwaltung um eine Zusammenstellung für die nächste Sitzung über die Art und Weise der interkommunalen Zusammenarbeiten bis zur Ebene der Metropolregion Rheinland.

Frau Schäfer (B90/Die Grünen) regt an, in den zukünftigen Ausschüssen einen Überblick über die Ansprechpartner in den Dezernaten zu bekommen, deren Themengebiete in dem Ausschuss behandelt werden.

Frau Köster-Flashar (B90/Die Grünen) beendet die Sitzung um 11:20 Uhr.

**Frau Köster-Flashar**

(Vorsitzende des Ausschusses)

**Frau Knappert**

(Leiterin der Geschäftsstelle des Regionalrates)

**Frau Stiller**

(Schriftführerin)

## Der Regionalrat Düsseldorf

Anwesenheitsliste – Ausschuss für Regionale Zusammenarbeit, Gewässerschutz, Kultur und Tourismus am 10.03.2021

### Stimmberechtigte Mitglieder, sachkundige Bürger und Fraktionsgeschäftsführer

#### CDU-Fraktion

Name	anwesend
Amfaldern, Nanette	
<b>Aßmann, Dr. Barbara</b>	√
Bonin, Annette	
Brandts, Rainer	
Brügge, Dirk	√
Feron, Peter	
Dr. Fils, Alexander	
<b>Francken, Ulrich</b>	√
Gluch, Waldemar	
<b>Heinen-Dauber, Petra</b>	√
<b>Humpert, Karl-Heinz</b>	√
Läckes, Manred	
<b>Mertins, Patric</b>	√
Nordmann, Johannes	
Selders, Hannes	
Schmickler, Günter	
Schroeren, Michael	
<b>Papen, Hans-Hugo</b>	√
<b>Penack-Bielor, Angelika</b>	√
<b>Petrauschke, Hans-Jürgen</b>	√
Vielhaus, Ewald	
Voigt, Carsten	
Welter, Thomas	
Wolfers, Manfred	

#### SPD-Fraktion

Name	anwesend
Bedronka, Bernd	
Edelhoff, York	
<b>Eicker, Sigrid</b>	√
<b>Geyer, Jens</b>	√
Hengst, Jürgen	
<b>Herz, Matthias</b>	√
Hildemann, Michael	
Hornbostel, Rolf	√
Jessner, Udo	
<b>Münchow, Volker</b>	√
Reese, Klaus Jürgen	√
Reuter, Klaus	
<b>Sinowenka, Friederike</b>	√
Thiel, Rainer	
Welp, Axel C.	
Witzke, Hans-Jochem	
Wurm, Günter	

### FDP/FW-Fraktion

Name	anwesend
<b>Gerhard, Frank</b>	√
Grumbach, Dr. Hans Joachim	
Gulan, Boris	
<b>Kuckels, Bernd</b>	√
Kopp, Günter	
Laakmann, Otto	
Müller, Ulrich G.	
Müller, Willibert	
Schiffer, Hans Lothar	√
Suika, Jörn	

### Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Name	anwesend
Arndt, Ingeborg	
Böttcher, Manfred	
<b>Cäsar, Anja</b>	√
Fischer, Jürgen	
Fuchs, Eva-Miriam	
Gaida, Dietmar	
<b>Köster-Flashar, Martina</b>	√
<b>Krause, Manfred</b>	√
Patalla, Sandra	
<b>Schäfer, Ilona</b>	√
Sickelmann, Ute	
Stapper, Dr. Norbert J.	
Thoms, Meral	

### Linkspartei

Name	anwesend
Herhaus, Susanne	
<b>Klein, Peter</b>	√
Pieck, Erik	

### Die Partei

Name	anwesend
Adrians, Martin	
Hofman, Thomas	

### AFD

Name	anwesend
Wesselmann, Knut	

## Beratende Mitglieder

Name		anwesend
Hennecke, Prof. Hans-Jorg	Arbeitgebervertretung	
Dr. Hoffmann, Christian	Arbeitgebervertretung	√
Steinmetz, Jürgen	Arbeitgebervertretung	
Ertürk, Himmet	Arbeitnehmervertretung	
Kaus, Karsten	Arbeitnehmervertretung	
Wolf, Sigrid	Arbeitnehmervertretung	
Wellens, Dr. Christof	Sportverbände	
Buck, Antje	Kommunale Gleichstellungsstellen	
Gerkens, Bert	Sportverbände	
Strumann, Sebastian	Naturschutzverbände	
Stieber, Andreas Paul	Landschaftsverband Rheinland	
Düsseldorf	OB/Vertr.	
Krefeld	OB/Vertr.	
Mönchengladbach	OB/Vertr.	
Remscheid	OB/Vertr.	
Solingen	OB/Vertr.	
Wuppertal	OB/Vertr.	
Kleve	Landrat/Vertr.	
Mettmann	Landrat/Vertr.	
Neuss	Landrat/Vertr.	
Viersen	Landrat/Vertr.	

**Teilnehmer von der Bezirksregierung Düsseldorf:**

Frau Abteilungsdirektorin Dr. Küster	Abteilung 5
Frau Oberregierungsrätin Knappert	Dezernat 32
Frau Regierungsinspektorin Stiller	Dezernat 32
Herr Oberregierungsbaurat Goldfuß	Dezernat 35
Frau Regierungsbaudirektorin Dreißigacker	Dezernat 35
Frau Oberregierungsbaurätin Rockel	Dezernat 35
Herr Leitender Regierungsvermessungsdirektor Merten	Dezernat 33
Herr Regierungsbaudirektor Reinders	Dezernat 54
Herr Regierungsbaudirektor Görgens	Dezernat 54